

finde mich 01/09

Das Magazin der Lesben und Schwulen in der Union -
Landesverband Nordrhein-Westfalen - Regionalverband West



Peter Kurth macht's © Kurth

Lesben und Schwule in der Union - LSU
Landesverband Nordrhein-Westfalen, Regionalverband West
www.lsu-nrw.de



LSU LESBEN UND SCHWULE
IN DER UNION

Editorial

Liebe Mitglieder der LSU in Nordrhein-Westfalen, liebe Freundinnen und Freunde,



die Düsseldorfer Freunde werden sich über die Kölnlastige Nullnummer der **finde mich** wundern. Ein wenig tun sie das zurecht, weil unser Bundesland nicht nur aus Köln besteht, sondern das Lippesche, Münsterländische, Bergische und Sauerländische umfasst. Nordrhein-Westfalen zeigt Größe, Stärke und Verschiedenheit in vielerlei Hinsicht. In diesem Jahr 2009 müssen

und wollen wir uns auf ein besonderes **Regenbogengummibärchen** konzentrieren.

Köln stellt als bevölkerungsreichste Stadt, als Hauptstadt der Schwulen und Lesben aber etwas besonderes dar. Als LSU stolpern wir über den Kölner Erzbischof, wunderten uns in der Vergangenheit über mangelnde Unterstützung aus der Kölner CDU und freuen uns jedes Jahr auf den ColognePride. Bei letzterem glänzte die LSU in der vergangenen Zeit mit mangelnder Präsenz. Alles soll aber anders werden.

In diesem Jahr sind wir wieder mit einem Stand auf dem Straßenfest präsent. Wenn glückliche Umstände es zulassen sollten, schaffen wir mit viel Mühe sogar die Teilnahme an der Parade. Für alles braucht der Landesverband Nordrhein-Westfalen Euer aller tatkräftige Hilfe. Die Zeichen in Köln stehen mit der Kandidatur unseres Freundes und LSU-Mitglieds Peter Kurth günstig. Da Wahlen auch in Köln nicht nur vom Zuschauen gewonnen werden, bedeutet das für uns eine große Menge Arbeit, die uns als CDU und als LSU, also uns Unionsfreunde enger zusammenkommen läßt.

Diese Chance wollen wir uns nicht entgehen lassen. Der neue Landesvorstand ist präpariert, der Bundesvorsitzende hat mit dem Bundesvorstand seine Unterstützung zugesagt.

Seit einigen Wochen ist die LSU in NRW auch im Internet zu finden. Ein Besuch lohnt und auch hier ist Beteiligung gefragt.

Der neue Landesvorstand, namentlich Boris Ziegler, Michael Köhler, Alfons Budde, Hans-Georg Saur, Georg Butterwegge und ich freuen uns auf die Begegnungen mit Euch und sind einer guten Zusammenarbeit gewiss.

Herzliche Grüße aus dem Oberbergischen-Euer



In dieser Ausgabe:

Hier kommt Kurth.

Das LSU-Mitglied, der gebürtige Rheinländer Peter Kurth und ehemalige Finanzsenator von Berlin kandidiert für das Amt der Oberbürgermeisterin von Köln. Was er in seiner ersten Rede der Kölner CDU ins Stammbuch schreibt, lesen Sie auf Seite 4

Berlin ruft.

Auch in diesem Jahr ruft der LSU-Bundesverband zu seinem Jahresempfang nach Berlin. Wann und wo er stattfindet, lesen Sie auf Seite 6

Hamburg auch.

Bundesmitgliederversammlung unter Ägide von Ingo Pohl in Hamburg

Hamburg sei unterkühlt ist ein gängiges Klischee, welches der Regionalvorsitzende und Warmblut Ingo Pohl auszutreiben weiß. Termine finden Sie auf Seite 6

Köln sowieso.

Regionalkonferenz zum Leitantrag „Keine Toleranz mit Intoleranten“ zum Jahresende in Köln, Seite 6

Impressum/Kontakt

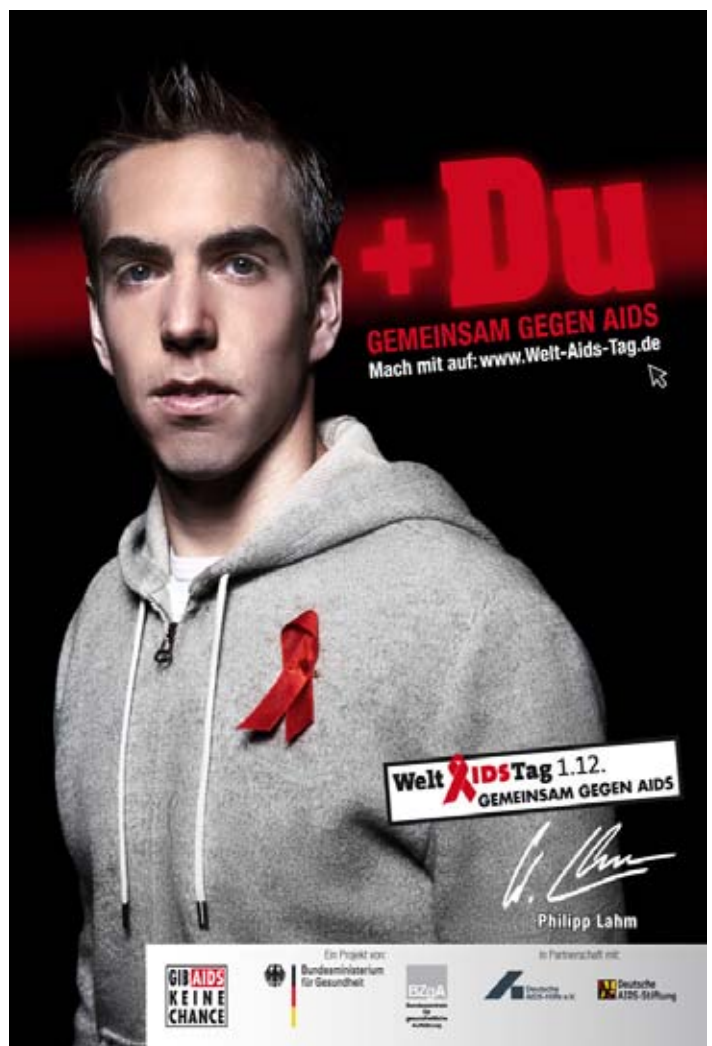
Lesben und Schwule in der Union, Landesverband Nordrhein-Westfalen
c/o Norman Krayer, Postfach 14 30, 51766 Engelskirchen, Telefon: 02263-3932, Mobil: 0162-3651351
Internet: www.lsu-nrw.de, Email: mail@lsu-nrw.de

Dokumentation

Der Leitantrag zu unserer Toleranzdebatte im Wortlaut ab Seite 7

Ohne gehts nicht.

Der Antrag auf Mitgliedschaft bei den Lesben und Schwulen in der Union ist auf Seite 10 zu finden



Peter Kurth macht's

Die Nachfolge von Oberbürgermeister Fritz Schramma ist vorläufig geklärt. Ganz im Sinne der Lesben und Schwulen in der Union, die sich riesig über den Kandidaten für die Oberbürgermeisterei in Köln freut. Peter Kurth, Jahrgang 1960 ist seit 2005 Mitglied der LSU und bereits seit vielen Jahren Mitstreiter für unsere Ideen.

Wir freuen uns mit Peter Kurth und gratulieren der CDU Köln zu einer klugen Entscheidung.



© CDU Köln Webteam

Hier kommt Kurth:

Peter Kurth hielt anlässlich seiner Vorstellung als Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters in Köln folgende hoffnungsvolle Rede:

Köln blickt auf neun gute Jahre mit Oberbürgermeister Fritz Schramma zurück, aber Köln hat schwere Wochen hinter sich. Die Ursachen hierfür liegen vor allem in einer Krise der Kölner Politik. Berateraffären, Parteienstreit, der Mehltau der politischen Lähmung im Rat und die Auswüchse des Kölner Klüngels haben unserer Stadt geschadet.

Der Einsturz des Stadtarchivs war der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Spätestens jetzt ist klar:

„Weiter so“ darf es nicht mehr geben!

Wir brauchen eine neue Politik für Köln!

Köln ist eine unverwechselbare Stadt mit großer Geschichte, viel Lebensqualität und guter Zukunft. Die Zukunft kann aber nur gelingen, wenn sich die Kölner Politik wieder in den Dienst der Interessen der Kölner Bürgerinnen und Bürger stellt. Die Art und Weise, wie in Köln lange Zeit und in vielen Bereichen Politik gemacht wurde, hat einen eigenen Namen.

Der Klügel hat Köln geschadet!

Auch die Kölner CDU hat sich zu lange und zu oft daran beteiligt, aber das hat jetzt ein Ende.

Wir sehen uns selbstkritisch. Auch für uns gilt: Kein „Weiter so“!

Köln gehört den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt und nicht einzelnen Parteipolitikern und Funktionären. Gemeinsam und Verantwortung für unsere Stadt anstelle von Parteiproporz und materiellen Vorteilen Einzelner müssen wieder Leitlinie für das politische Handeln werden. Die parteipolitische Durchdringung nahezu aller Lebensbereiche der Stadt war und ist ein Irrweg, die eine dynamische Entwicklung Kölns hemmen. Wir müssen und wir wollen den Kölnerinnen und Kölnern ihre Stadt zurückgeben.

Vor allem die Kölner Bürger wollen, dass Köln eine Stadt ist, die Zukunft hat. Mit dem Einsturz des Stadtarchivs ist der kölsche Urglaube, dass die Stadt zwar hier und da Probleme hat, aber dass man das alles schon wieder hinkriegt, erschüttert, teilweise zerstört worden.

„Et hätt noch immer jot jejang“ reicht leider nicht.

Die Bürgerinnen und Bürger von Köln wollen, dass ihre Stadt einen neuen Anspruch an sich selbst stellt. Diesem berechtigten Anspruch müssen die Kölner Politik und die Kölner Politiker Rechnung tragen.

Dieser Anspruch orientiert sich an einigen einfachen Grundlagen:

- Köln: das ist die Stadt Konrad Adenauers. Die größte Stadt im Westen Deutschlands.
- Köln: das ist eine der Kulturmetropolen Europas – mit dem Dom, weltberühmten Museen, mit Sammlungen von Weltruf.
- Köln: das ist die drittgrößte deutsche Industrieregion – mit international anerkannten Forschungszentren, mit

einer gesunden Mischung aus Großunternehmen und einem leistungsfähigen Mittelstand.

- Köln: eine Stadt, die als wichtiger Teil der Rhein-Region zu einem Zentrum der Hochtechnologie werden kann – die Stadt und die Menschen haben das Zeug dazu.
- Köln ist weltoffen, lebens- und liebenswert!

Heinrich Böll hat einmal gesagt:

„Ich liebe Köln – nicht nur, weil ich hier geboren bin. Sondern weil Köln nicht perfekt ist – aber vollkommen.“

Dem schließen wir uns an und wollen deshalb eine neue Politik für Köln.

Fritz Schramma hat in seiner Amtszeit Großes für Köln und seine Bürger geleistet. Sein bürgernahes Engagement hat ihn zu dem Gesicht von Köln gemacht. Er ist durch Blockaden, Behinderungen und Denunziation der rot-rot-grünen Stadtratsmehrheit in seiner Amtsführung zum Schaden der Stadt Köln gehemmt worden und schließlich zum Verzicht auf die Wiederwahl bewegt worden.

Rot-rot-grüne Parteifunktionäre haben aus Parteikalkül den bei allen Kölnerinnen und Kölnern beliebten Oberbürgermeister aus dem Amt gedrängt.

Die CDU Köln setzt bei der Kommunalwahl ihre personalpolitische Erneuerung fort.

Sie hat sich bei der Aufstellung der Kandidaten für den Stadtrat von alten Fehlern getrennt. Sie will, dass mit dem neuen OB-Kandidaten eine Person mit Erfahrung in Politik und Wirtschaft die Führung der Stadt und der Stadtverwaltung übernimmt.

Die neue Politik für Köln braucht ein neues Gesicht und einen neuen Kopf, der unbelastet von den Fehlern der Vergangenheit in Köln ist, und der

- Führungserfahrung hat,
- kein Bürokrat ist,
- für eine moderne Großstadtpolitik steht, die von Welt-offenheit, Menschlichkeit, kultureller Ausstrahlung und wirtschaftlichem Fortschritt geprägt ist,
- Köln in die Spitze der deutschen Städte führt,
- Köln zusammen mit den Städten und Kreisen des Rheinlands zu einer europäischen Metropole entwickelt.

Die Lesben und Schwule in der Union (LSU) in Nordrhein-Westfalen freuen sich auf den gemeinsamen Wahlkampf mit OB-Kandidat Peter Kurth. Der gebürtige Rheinländer Peter Kurth trat 2005 der LSU bei. Der Landesvorsitzende der NRW-LSU **Norman Kraye** freut sich, dass somit endlich Kompetenz in das Kandidatenangebot zur Oberbürgermeisterwahl einzieht: „Die größte Stadt in Nordrhein-Westfalen braucht einen Sanierer mit Erfahrungen, wie sie ein Jurist und erfahrener Verwaltungsmanager Peter Kurth mitbringt. Köln verdient Qualität und Verlässlichkeit“. Zugleich forderte Kraye die bürgerlichen Kräfte in Köln auf, Kurth als gemeinsamen Kandidaten zu unterstützen. Insbesondere unterstützte Kraye die Forderung des früheren CDU-Generalsekretärs Laurenz Meyer, die FDP solle ihren ebenfalls schwulen Kandidaten Ralph Sterck zugunsten Kurths zurückziehen: „Homosexualität allein ist kein Kompetenzmerkmal. Einzig entscheidend sind Erfahrung, Führungsqualität und Bürgernähe. Das Mitglied des Bundesvorstandes, **Boris Ziegler** aus Köln freut sich auf den gemeinsamen Wahlkampf mit Peter Kurth: „Die Kandidatur Peter Kurths hat der Sache der Schwulen und Lesben in der Union schon viel gebracht“ Nun gelte es, dass LSU und CDU gemeinsam um alle Wähler in Köln kämpfen.

Wolfgang Bosbach, einer der stv. Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

„Peter Kurth ist klug, erfahren, kompetent und hat bewiesen, dass er große Verwaltungen erfolgreich führen kann. Außerdem hat er, im Gegensatz zu seinen Konkurrenten, Wirtschaftserfahrung, was dem Standort Köln nur gut tun kann.“

Rolf Menzel, Landrat des Rheinisch Bergischen Kreises:

„Ich halte Peter Kurth für eine sehr gute Wahl. Er hat neben Verantwortungserfahrung auch als Vorstand einer börsennotierten Aktiengesellschaft wirtschaftliche Verantwortung übernommen und dabei beruflichen Erfolg gehabt, was für die Führung des Konzerns Stadt sicher nicht abträglich ist. Im Namen der kommunalen Familie heiße ich ihn recht herzlich willkommen und freue mich auf eine Zusammenarbeit.“

Die Junge Union Köln zur Nominierung von Peter Kurth:

„Mit Peter Kurth hat die Kölner CDU einen erfahrenen und kompetenten Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters gefunden. Der ehemalige Finanzsenator und Staatssekretär vereint in seiner Person große Verwaltungserfahrung und Wirtschaftskompetenz. Auch wenn er kein Kölner ist, so hat sich der 49-jährige nun schon über Jahre hinweg mit den typischen Problemen und Fragestellungen einer Großstadt beschäftigt. Die Junge Union Köln freut sich auf eine enge Zusammenarbeit mit OB-Kandidat Peter Kurth und sichert ihm die volle Unterstützung im Kommunalwahlkampf zu.“ „Mit Peter Kurth braucht sich die Kölner CDU vor niemandem zu verstecken. Ich bin überzeugt: Wir werden die Wahl mit ihm gewinnen!“, sagte sieges-sicher **Florian Braun**, Vorsitzender der JU Köln.

Berlin ruft.



Auch in diesem Jahr ruft der LSU-Bundesverband zu seinem Jahresempfang nach Berlin:

Meine Lieben,
wie sich bei den meisten von Euch mittlerweile herumgesprochen haben dürfte, haben wir einen Termin für das LSU-Sommerfest im Wahljahr 2009 gefunden.

Ich freue mich besonders, das wir auch in diesem Jahr wieder eine Landesvertretung als Gastgeber gewinnen konnten. Und das an unserem Wunschtermin.

So findet der diesjährige Jahresempfang am **Donnerstag, 18. Juni 2009,**

in der Vertretung des Freistaates Sachsen beim Bund statt, am Donnerstag vor dem Berliner lesbisch-schwulen Straßenfest.

Somit haben wir einen Termin und eine Lokation gefunden, die auch wieder für unsere Mitglieder sehr attraktiv sein wird.

Erste Informationen zur Lokation findet Ihr unter <http://www.sk.sachsen.de/258.htm>

http://www.europa.sachsen.de/de/bf/europa/arbeitsseinheiten/inhalt_re_bueros_berlin.html

Herzliche Grüße

Reinhard Thole, M.A.

Bundesvorsitzender der Lesben und Schwulen in der Union

Hamburg auch.

Vom **11. bis 13. September 2009** findet in **Hamburg** die Bundesmitgliederversammlung der Lesben und Schwulen in der Union statt. In diesem Jahr findet die BMV unter Ägide des Regionalverbandes Nord statt. Der Regionalvorsitzende Ingo Pohl ist der jüngere Bruder von Kalle Pohl.*)

Ingo Pohl ist es gelungen, den regierenden Bürgermeister der Hansestadt, Ole v. Beust für unsere Veranstaltung zu gewinnen.



Kalle Pohl



Ingo Pohl

*) ich werde mich bei unserem nächsten Treffen in Hamburg gebührend entschuldigen. LG NK

Die LSU-NRW braucht Ihre Unterstützung* www.lsu-nrw.de

* bei der Realisierung eines LSU-CDU-Standes auf dem CSD-Strassenfest am Rande des ColognePride (CSD) in Köln vom 3. bis 5.7.2009



LSU LESBEN UND SCHWULE
IN DER UNION

Köln sowieso.

Regionalkonferenz zum Leitantrag „Keine Toleranz mit Intoleranten“ zum Jahresende 2009 in Köln

Für das IV. Quartal planen wir im Gemeindehaus der AntoniterCitykirche eine Regionalkonferenz zu unserem Leitantrag aus 2007: Keine Toleranz mit Intoleranten! (Homosexualität und Islam). Den konkreten Termin teilen wir noch mit.

antoniter city kirche
Köln
Schildergasse



Dokumentation

Leitantrag der Lesben und Schwulen in der Union:

Keine Toleranz mit Intoleranten!

Christliches Menschenbild

Die LSU fühlt sich den Grundsätzen des christlichen Menschenbildes verpflichtet. Im Mittelpunkt stehen die Bewahrung der Schöpfung und die Achtung aller Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer körperlichen Unversehrtheit, Religion, Rasse, Staatsangehörigkeit oder sexuellen Identität.

Prägend für die deutsche und europäische Geschichte sowie die politische und wirtschaftliche Rolle Deutschlands und Europas in der Welt ist die Trias aus Juden- und Christentum, Humanismus und Aufklärung. Sie machten und machen das Individuum zum Maßstab des Denkens und befreiten die Menschen allmählich aus den Fesseln tabuisierender und irrationaler Vorstellungen. Aufklärung, Humanismus und Juden- und Christentum haben sich gegenseitig befruchtet und bilden inzwischen gemeinsam unser freiheitliches, kulturelles und ethisches Koordinatensystem.

Leitkultur

Nur wer weiß, wer er selbst ist, kann anderen glaubwürdig begegnen. Daher gilt es, die eigene Identität zu definieren und Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu anderen herauszuarbeiten. Dazu gehört unser Bekenntnis zu Heimat, Vaterland und Leitkultur in Deutschland. Wir brauchen ein Bekenntnis aller in Deutschland Lebenden zu einer gemeinsamen Wertebasis, die über einen reinen Verfassungspatriotismus hinausgeht.

Wir leben zusammen in einer Gemeinschaft. Partialkulturen müssen daher allgemeine Standards des Miteinanders akzeptieren. Die LSU lehnt jede Art von Kulturrelativismus ab. Die Würde des Menschen ist unantastbar und dazu zählt auch die sexuelle Identität.

Religionsfreiheit

Die Neutralität des Staates im Blick auf die einzelnen Religionen darf nicht mit Gleichgültigkeit und unreflektierter Toleranz gegenüber dem Wirken von Religionen in der Gesellschaft verwechselt werden. Der christliche Glaube ist über seine kulturell vermittelten und historisch verwurzelten Wertüberzeugungen und Einstellungen von überragender Prägekraft in Deutschland. Eine voreilige rechtliche Gleichstellung des Islam mit dem Juden- und Christentum ist Ausdruck falsch verstandener Toleranz. Der Islam steht im Gegensatz zum Juden- und Christentum nicht im kulturellen Zentrum Europas. Er spiegelt sich nicht in gleichem Maße im alltäglichen Leben wider. Ohne das Juden- und Christentum ist unsere gesellschaftliche und politische Ordnung nicht zu verstehen. Das Juden- und Christentum ist ein zentraler Baustein im kulturellen Erbe Europas. Aus

dem christlichen Menschenbild leiten wir auch den Gedanken der Leitkultur in Deutschland ab. Das Eindringen von Rechtsvorstellungen, die der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes zuwiderlaufen, darf keinesfalls geduldet werden. Parallelrechtsordnungen, rechtsfreien Räumen oder gar Selbstjustiz im Namen von Gruppennormen oder vermeintlichen Ehrbegriffen muss mit allen rechtsstaatlichen Mitteln begegnet werden. Es darf zu keiner schleichenden Islamisierung unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit kommen. Hier ist die wehrhafte Demokratie gefordert.

Keine Toleranz mit Intoleranten!

Die Kernthese der jüngsten Studie „Einstellungen junger Einwanderer zur Homosexualität“¹ lautet unmissverständlich: Jugendliche mit Migrationshintergrund zeigen durchweg eine stärker ausgeprägte homosexuellenfeindliche Einstellung als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Danach haben 79 % der türkeistämmigen männlichen Jugendlichen und 76% der männlichen Jugendlichen aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion, aber auch 48 % der deutschen männlichen Jugendlichen in Berlin offen schwulen- und lesbenfeindliche Ansichten. Je mehr Religiosität einerseits und die Akzeptanz traditioneller Männlichkeitsnormen andererseits dominieren, desto stärker ist Homophobie verbreitet. Die aus dieser Studie klar belegten Probleme müssen offen und ohne ideologische Verblendungen angesprochen werden. Häufig schon war Schweigen ein mitunter tödlicher Fehler. Sowohl rechtsstaatliches Verhalten als auch Respekt vor den Opfern gebieten es, zwischen Tätern und Opfern klar zu unterscheiden und die Täter als solche auch eindeutig zu benennen. Keine Toleranz mit Intoleranten!

Gewalt

Armut, schulisches und berufliches Scheitern, Perspektivlosigkeit und andere soziale Probleme, von denen Einwanderer häufig betroffen sind, können keinesfalls als Rechtfertigung für Homophobie bis hin zur offenen Gewaltanwendung dienen. Das staatliche Gewaltmonopol steht nicht zur Disposition. Die Anwendung von Gewalt, bis hin zum Mord, um „die Ehre“ zu erhalten oder wiederherzustellen, darf keinesfalls geduldet und muss mit aller Konsequenz verfolgt werden. Gleichzeitig gilt es aber auch, insbesondere bei muslimischen Jungen und jungen Männern mit Migrationshintergrund, das Bewusstseinsgelebte Werte zu stärken. Toleranz ist nicht nur eine Einstellungs-, sondern auch eine Erfahrungs- und Lernsache. Daher sind vielschichtige und weitgreifende Integrationsangebote im Rahmen festgelegter Integrationsforderungen wichtig. Die LSU unterstützt Anti-Gewalt-Projekte wie z.B. Maneo in Berlin und Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen bei der Polizei, um den Gedanken der (Kriminal-) Prävention zu stärken.

Dokumentation

Ein religiös oder kulturell begründeter Ehrenkodex (Wiedergewinnung der „Familienehre“ durch Ächtung, Verstoß, Zwangsheirat oder Tötung) darf vor deutschen Gerichten nicht zu einem Kulturrabatt führen. Ebenso vehement muss gegen Hasspredigten und –verbrechen vorgegangen werden, die das friedliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft unterminieren wollen, um ihre eigenen totalitären Ideen verwirklichen zu können.

Keine rechtsfreien Zonen

Der Staat hat die Pflicht, keine rechtsfreien Zonen zuzulassen. Schwule und Lesben müssen sich überall offen und frei bewegen und auch leben können. Dies gilt insbesondere für Großstädte mit Problembezirken. Ein Fall wie beispielsweise die Verreibung des Berliner „Café PositHIV“, durch ezielte Angriffe (mit Pflastersteinen und Eisenstangen) von zumeist türkischen und arabischen Jugendlichen aus dem Schöneberger Norden darf sich nicht wiederholen!

Die LSU ist gegen Ghettobildung und Polarisierung und fordert, alle Anstrengungen zu unternehmen, um das Entstehen von Parallelgesellschaften in Deutschland zu unterbinden bzw. dort, wo sich solche versuchen zu etablieren, zurückzudrängen. Es gibt einen unleugbaren Zusammenhang zwischen Parallelgesellschaften muslimischer Prägung – oft gepaart mit patriarchalischen Formen – und grassierendem Hass auf Homosexuelle und ihre Lebensweise.

Integration

Integration ist vor allem eine Verpflichtung und Aufgabe der Einwanderer, die dauerhaft in Deutschland leben wollen und können. Wir wollen auf ein soziales und kulturelles Miteinander der Menschen, die in Deutschland leben, hinwirken. Wir lehnen ein multikulturelles Gegeneinander ab, weil es kalt und unsozial ist, die Solidarität untergräbt und zu Intoleranz und Gewalt

führt. Das kulturelle Leben in Deutschland schöpfte immer aus

einer Vielfalt regionaler Quellen und fremder Einflüsse. Integration lebt von einer Kultur der Bildung, Teilhabe und Anerkennung. Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ist nicht allein als Maßstab für Integration zu betrachten. Notwendig sind umfassende, verpflichtende Integrationskurse, die ordnungsgemäß mit einer erfolgreichen Abschlussprüfung beendet werden müssen. Nur dadurch bekommen Einwanderer die Chance, sich in unserer Gesellschaft zurechtzufinden.

Muslime unterstützen!

Schließlich gilt es, lesbische und schwule Muslime in Deutschland in ihrer Emanzipation zu unterstützen und in ihrem Selbstbewusstsein zu stärken, um ihnen ein freies und selbstbestimmtes Leben in unserer Gesellschaft zu ermöglichen.

Hier gilt es auch das Phänomen der Scheinehen, in die sich lesbische und schwule Muslime aufgrund ihrer Angst vor der eigenen Gemeinschaft flüchten (um Zwangsverheiratung, Verstoß, Misshandlung oder gar Tötung zu Deshalb unterstützt die LSU die Aufklärungsarbeit von Organisationen wie Miles, GLADT, Türk-Gays&Lesbians und anderen, um die Situation von muslimischen Lesben und Schwulen dauerhaft zu verbessern. entgegen), zu erkennen und entgegen zu wirken.

Verantwortung der muslimischen Verbände

Einen ganz entscheidenden Beitrag zur erfolgreichen Integration müssen die zahlreichen muslimischen Verbände in Deutschland leisten, die eine nicht unbedeutende Anzahl der muslimischen Gemeinschaften in Deutschland vertreten. Die muslimischen Verbände müssen ihre eigene Verantwortung für ein friedliches Zusammenleben von Muslimen und Nicht-Muslimen in Deutschland übernehmen. Neben ihren Partikularinteressen müssen sie sich auf das gesamtgesellschaftliche Gemeinwohl verpflichten und aktiv zur Integration in unserer westlichen Gesellschaft beitragen.

www.lsu-nrw.de

Post: LSU
c/o Norman Kraye
Talweg 16
51766 Engelskirchen

Fax: 02263-801936

E-Mail: info@lsu-nrw.de

Mitgliedsantrag

- Ja, ich möchte Mitglied der Lesben und Schwulen in der Union (LSU) werden.

Name: _____ Vorname: _____

Straße, Nr.: _____ PLZ, Ort: _____

Geburtstag: _____ Telefon: _____

E-Mail: _____ Telefax: _____

Ort, Datum: _____ Unterschrift: _____

Einzugsermächtigung: _____ Jahresbeitrag: _____ Euro

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass der LSU Bundesverband den Mitgliedsbeitrag in der satzungsmäßigen Höhe jährlich von meinem Konto abbucht.

Der derzeitige Mindestmitgliedsbeitrag beläuft sich auf jährlich 40,- Euro.

Eine Halbierung des Mitgliedsbeitrags ist beim Vorliegen bestimmter Voraussetzungen möglich.

Kontoinhaber: _____ Kreditinstitut: _____

Kontonummer: _____ Bankleitzahl: _____

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Ich bin bereits Mitglied der/des:

- CDU CSU Jungen Union Schüler Union RCDS
 MIT CDA Senioren Union Frauen Union Sonstige:

Alle hier gemachten Angaben werden streng vertraulich behandelt.
Die Daten sind der CDU nicht zugänglich.

